



Bürgerinitiative Kahlberg

Stadtverordnetenvorsteher
Andreas Klar
Weyprechtstraße 8b
64720 Michelstadt

Christel Herr
Schulstraße 5
64756 Mossautal
Tel.: 06062-910570
Email: info@bi-kahlberg.de

Unser Zeichen: BiKa-180301
Datum: 24.03.2018

Betreff: Bürgerversammlung in der Odenwaldhalle vom 20.03.2018,
den Wind-“park“ bei Würzburg betreffend

Sehr geehrter Herr Klar,

Vorab möchte ich erwähnen, dass ich es sehr gut fand, eine Bürgerversammlung zu veranstalten, bei der die Bürger sich aktiv an der Diskussion beteiligen konnten.

Ich bin ein aktives Mitglied der Bürgerinitiative „Bi-Kahlberg“ und möchte meine Einschätzung, basierend auf Erfahrungen mit dem Kahlberg-Projekt weitergeben:

In dem Fall, dass im April für die Bebauung dieser Fläche bei Würzburg gestimmt wird, ist das meines Erachtens für unsere schwarz/grüne Landesregierung noch lange **kein Grund** auf weitere Windradflächen um Würzburg und Vielbrunn zu verzichten.

Denn laut Regierungspräsidium in Darmstadt fällt der Wert einer Landschaft bei schon einer mit Windrädern bestückten Nachbarschaft um 35 %. Ich konnte mich bei einer Akteneinsicht im Regierungspräsidium persönlich von dieser Tatsache überzeugen!

Bei jeder weiteren Windradfläche wird wieder der Landschaftswert um 35 % verringert usw. usw.! **Es würde eine weitere Bebauung beschleunigen und auf gar keinen Fall ausschließen!**

Ein verlorener Landschaftswert wird mit Ausgleichszahlungen an das Regierungspräsidium Darmstadt abgegolten. Der Region Odenwald bleibt nur noch das Nachsehen.

Von einer einst "äußerst hochwertigen Landschaft" (so lautete die Beschreibung für Kahlberg und Umgebung), bleibt nur noch eine schon "vorbelastete Landschaft" zurück und der Landschaftsschutz kann daher vernachlässigt werden. Ausschlag für Kahlberg waren laut RP die schon stehenden WEA auf dem Geisberg (Mossautal/Erbach).

Sicher ist:

Eine Zustimmung zur Bebauung würde bedeuten, man liefere die Freigabe für weitere Flächenbebauungen bei Würzburg und Vielbrunn auf einem Silbernen Tablett!

Auch ist die Fläche deswegen abzulehnen, da sich in diesem Gebiet ein **wertvolles** Vogelschutzgebiet befindet, das meines Erachtens niemals angerührt werden darf. Eine intakte Natur, noch dazu im Wald, zu zerstören, hat nichts, aber auch gar nichts mit einer angeblichen Rettung des Klimas zu tun!!!

Dazu wäre noch zu erwähnen, dass Auflagen zur Ersatzaufforstung der gerodeten Flächen nicht, bzw. nur teilweise erfolgen. Im Fall Kahlberg (Fürth/Grasellenbach) wurde nur ca. 1/3 der geforderten Wiederaufforstung angeboten. Für die restlichen Flächen wurden wiederum Ausgleichszahlungen für Waldverlust ans Regierungspräsidium geleistet!

Zu den Informationsbroschüren, sogenannten „Faktenpapieren“, die der Herr von „Dialog Basis“ (geschickt von der grünen Landesregierung), so euphorisch angepriesen hat, kann man sagen, dass diese am Ende nichts nützen.

Wir hatten uns in der Antragsphase ausgiebig mit diesen Broschüren befasst und kamen zu dem Schluss, dass der Kahlberg (Fürth/Grasellenbach) nicht genehmigt werden kann. Wir waren uns zu 100 % sicher! Genau dieses bestätigte uns auch ein hinzu gezogener Anwalt!

Das Vorgehen sah dann aber so aus, dass von den einzelnen Fachbehörden, die dieses Projekt definitiv als nicht genehmigungsfähig erklärt hatten (z.B. das Hessische Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie HLNUG), nach und nach Ausnahme-Regelungen in den einzelnen Fachbereichen der Projektgruppe-Windenergie getroffen wurden und daraus letztlich eine Gesamt-Genehmigung resultierte.

Im Klartext: Bestehende Gesetze wurden verdreht, abgeändert oder außer Kraft gesetzt, bis es passte!

Laut Unterlagen der internen Korrespondenz des RP's die unserem Anwalt vorlagen, wurde die Projektgruppe Windenergie von der grünen Regierungspräsidentin Frau Lindscheid darauf hingewiesen, die beiden Projekte Stillfüssel und Kahlberg unbedingt noch im Jahr 2016 zu genehmigen!

Eine Genehmigung 2017 hätte dem Betreiber geringere Subventionen zugesichert. Bedeutet, dass der Bürger dies mit der EEG-Umlage finanziert!

Traurig! – die Landesregierung in Hessen sorgt sich mehr um die Windradlobby, als um seine Bürger! Meines Erachtens hat die Landesregierung die Vorgabe im Sinne der Bürger zu handeln, was aber hier nicht geschah!

Dies kann man auch an der Trinkwasser-Thematik erkennen.

Der Kahlberg beherbergt **4 Trinkwasserquellen für 5 Ortschaften**, die als überwiegend gefährdet eingestuft wurden. Zum Schutz der Bürger und Ihrer Trinkwasserversorgung hätte man dieses Projekt klar ablehnen müssen. Den Bürgern von Mossautal wurde sogar eine **Trinkwasserversorgung mit Tankwagen** zugemutet!

Da fragt man sich, leben wir wirklich in Deutschland? – einem Demokratischen Rechtsstaat???

Und urteilen unsere Gerichte (z.B. VWG-Darmstadt) wirklich noch unabhängig???

Die erlebten Vorfälle lassen mich stark daran zweifeln!

<http://bi-kahlberg.de>

Zudem gibt es noch weitere Unfassbarkeiten, die vorgefallen sind, aber diese alle hier aufzuzeigen wäre zu umfassend.

Meine Bitte an die Stadtverordneten von Michelstadt:

Stimmen Sie gegen eine Bebauung von Windrädern bei Würzburg! Um einer ausufernden Weiterbebauung entgegenzuwirken!

Bitte Schließen Sie sich mit den anderen Gemeinden /Städten zusammen und

Kämpfen Sie für unseren Einzigartigen Odenwald mit seiner Außergewöhnlich Schönen Naturlandschaft!!!

Bei Fragen können Sie sich gerne jederzeit an die Bürgerinitiative-Kahlberg wenden.

Die BI-Kahlberg würde es außerdem sehr begrüßen, wenn dieses Schreiben beantwortet werden würde und daraus ein Dialog entstehen könnte.

Mit freundlichen Grüßen



Christel Herr